Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

16. JAHRGANG • NR. 104 **April 2017**

STANDPUNKT

2 Politik mit Leidenschaft: für Zusammenhalt und Gerechtigkeit

WAHLKREIS

3 SPD-Frühjahrempfänge mit Svenja Schulze in der Innenstadt und Mike Groschek in Kalk
3 Ausstellungseröffnung im Bürgerbüro Porz
4 Norbert Walter-Borjans kam nach Porz
5 Bewegende Lesung zu „Jahrhundertzeugen“
6 Besuchergruppe in Berlin
7 Schülerdiskussion mit Ines Pohl (DW)

KÖLN

8 SPD: Bestätigung für Ott, Jubel um Schulz
8 Startschuss für den Rhein-Ruhr-Express

NRW-LANDTAGSWAHL AM 14. MAI

9 Das Kandidatenteam der KölnSPD
10 Hannelore Kraft wieder Spitzenkandidatin

Titelfoto: Saaldiener des Bundestages mit Frank-Walter Steinmeier nach dessen Wahl zum Bundespräsidenten

SPD

11 Martin Schulz ist Kanzlerkandidat

BUNDESTAG

14 Steinmeier neuer Bundespräsident: Impressionen der Bundesversammlung
19 Vereidigung des Bundespräsidenten
20 Position zum deutsch-türkischen Konflikt
21 Bundestagsrede zum Wettbewerbsrecht
22 SPD gegen überhöhte Manager-Boni
23 Gegen Fake-News und Internethetze
24 PKW-Maut
25 SPD-Sprecherkonferenz Kultur und Medien
26 TV-Kulturkanal der Deutschen Welle

INFOS UND IMPRESSUM

28 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2017

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 27.3.2017

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Politik mit Leidenschaft: für Zusammenhalt und Gerechtigkeit

Martin Schulz begeistert Menschen. Seine Kanzlerkandidatur und die Aufbruchstimmung in der SPD versprechen einen spannenden Bundestagswahlkampf

In den vergangenen Jahren hatten wir in der SPD-Bundestagsfraktion mehrmals **Meinungsforschungsinstitute** zu Gast. Besonders bemerkenswert fanden wir die wiederholten Hinweise, dass die SPD prinzipiell durchaus ein ähnliches **Wählerpotenzial** habe wie die Union. Dennoch blieben wir in den Umfragen meist im 25-Prozent-Bereich, mit gehörigem Abstand zu CDU/CSU. Und das, obwohl wir doch nach allgemeinem Urteil viele **sozialdemokratischen Projekte** in der Großen Koalition umsetzen konnten: vom Mindestlohn bis hin zu mehr Geld für Infrastruktur, Bildung und Kommunen.

Die Ausgangslage zur Bundestagswahl hat sich mit der Verkündung der **Kanzlerkandidatur von Martin Schulz** dramatisch geändert. Seit Wochen begegnen sich Union und SPD auf Augenhöhe, ebenso Schulz und Merkel.

Die Begeisterung für Martin Schulz ist riesig. Innerhalb von kaum drei Monaten sind **13.000 Menschen in die SPD eingetreten** - mehr als die Piraten heute noch insgesamt an Mitgliedern haben. Sowohl innerhalb der Partei als auch bei Bürgergesprächen wird täglich deutlich, dass Schulz für viele eine **Hoffnung auf Bewegung, Aufbruch und mehr soziale Gerechtigkeit** darstellt. Und nicht zuletzt auf eine **sozialdemokratisch geführte Bundesregierung**.

In geheimer Wahl hat der SPD-Parteitag Martin Schulz mit **100 Prozent Ja-Stimmen** zum Parteivorsitzenden gewählt. Ein historisches Rekordergebnis! Es belegt die hohe Zustimmung zum Kanzlerkandidaten ebenso wie den Siegeswillen und die inhaltliche Geschlossenheit der Partei. Alles wichtige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Ganz anders die **Stimmungslage in der Union**. Von Begeisterung für Merkel ist wenig zu spüren. Schon die lustlose Vorstellung ihrer Kanzlerkandidatur gemeinam mit Seehofer sprach Bände. Hätte man den Ton weggedreht, es wäre der Eindruck entstanden, beide verkünden gerade ihre endgültige politische Scheidung. Offenbar sind die ewigen internen Scharmützel der letzten Monate bei beiden nicht folgenlos geblieben. Zudem wirkt Merkel auch auf internationaler Ebene zunehmend blass und wie eine Getriebene zwischen Brexit und Erdogan.

Andererseits hat die **Saarlandwahl** mit dem Sieg der CDU-Ministerpräsidentin gezeigt, dass sich unter bestimmten Voraussetzungen auch auf Seiten der CDU zusätzliche **Mobilisierungspotenziale** bei bisherigen Nichtwählern ergeben können. Alles spricht also dafür, dass wir vor einer spannenden **Bundestagswahl mit völlig offenem Ausgang** stehen.

Die **personellen Alternativen** sind klar: auf der einen Seite die oft präsidial und emotionslos agierende Kanzlerin. Auf der anderen Seite Martin Schulz, der seine Stärke gerade in der **Hinwendung zu den Menschen** zieht. Aus langjähriger Erfahrung weiss ich, dass seine **Empathie** echt ist. Deshalb ist er authentisch und glaubwürdig. Ein großes Pfund.

Innenpolitisch beherrschen schon heute seine Vorschläge für **mehr Gerechtigkeit und Respekt** die Debatte. Und als langjähriger Präsident des Europaparlaments bringt er Erfahrungen mit, die wichtig sind.

Europa steht an einem Scheideweg. Zunehmender Nationalismus und Rechtspopulismus gefährden das Einigungswerk. Dabei brauchen wir gerade jetzt eine starke EU. Denn wir dürfen die Internationale Bühne nicht den Trumps, Erdogans und Putins dieser Welt überlassen.

Martin Schulz zitiert gerne die **Worte Willy Brandts** in dessen Regierungserklärung 1969: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden, im Innern und nach außen.“ In dem Satz steckt viel. Der Zusammenhalt der Gesellschaft ebenso wie eine einigungs- und friedensorientierte Politik.

Für diese Werte und für eine lebendige Demokratie steht auch der neue **Bundespräsident**. **Frank-Walter Steinmeier** lässt seine SPD-Mitgliedschaft während seiner Amtszeit ruhen und wird sebstverständlich überparteilich arbeiten. Aber als Sozialdemokrat freut man sich dennoch, dass nun einer von uns oberster Repräsentant des Landes ist. Das hätte noch vor wenigen Monaten kaum einer für möglich gehalten.

Viel Glück und Erfolg in Deinem neuen Amt, lieber Frank!

Herzlichst

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt

Gastrednerin:

Svenja Schulze

Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Sonntag, 2. April 2017, 11:00 Uhr

BelEtage des Schokoladenmuseums
Am Schokoladenmuseum 1A, 50676 Köln (Innenstadt)

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk

Gastredner:

Michael Groschek

Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Sonntag, 7. Mai 2017, 10:30 Uhr

Betriebrestaurant „Excellent“ im Bezirksrathaus Kalk,
Kalker Hauptstraße 247-273, 51103 Köln (Kalk)

Auf dem Empfang wird der langjährige SPD-Landtagsabgeordnete **Stephan Gatter** verabschiedet.

Frühlingsempfang und Ausstellungseröffnung im SPD-Bürgerbüro Porz

Porzer Künstler Danny Frede zeigt „Serielle Rechtecke“

Beim Frühlingsempfang in ihrem gemeinsamen Bürgerbüro Porz konnten **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** wieder zahlreiche Gäste begrüßen. Für gute Stimmung sorgten nicht nur das gute Wetter sondern auch das SPD-Hoch in den Umfragen. Seit bekannt wurde, dass **Martin Schulz** Kanzlerkandidat der SPD wird, gibt es auch in Köln einen großen Zulauf an Neumitgliedern.

Wie es gute Tradition geworden ist, wurde auch diesmal eine neue Ausstellung eröffnet. Bis Oktober werden die Bilder von **Danny Frede** unter dem Titel „Serielle Rechtecke“ gezeigt. Sie sind eine Reflexion eines in seiner Gesamtheit digitalisierten Alltags. Der Künstler hat sein Atelier in Porz.

Die beiden Abgeordneten bedankten sich zu Beginn besonders herzlich bei **Melanie Henn**. Deren Schwarz-Weiß-Fotografien zierten das Bürgerbüro in den Monaten zuvor. Vielen ist sie noch als Jungfrau des Porzer Dreigestirns 2017 in bester Erinnerung. „Die drei waren sensationell und haben mit ihrer tollen Ausstrahlung vielen Menschen Riesenspaß gemacht“, fasste es Martin Dörmann zusammen. Für ihn sei der Besuch des Dreigestirns bei ihm in Berlin ein unvergessliches Erlebnis gewesen: „In der Welt um uns herum sieht es oft düster aus, wenn man an die Türkei, Trump oder den Nahen Osten denkt. Deshalb ist es umso schöner, wenn man Anlass hat, sich zu freuen.“

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans sprach über gerechte Steuern

Trommler für gerechte Steuern: Norbert Walter-Borjans und die SPD wollen konsequent gegen Steuerbetrug und unredliche Steuervermeidungsstrategien vorgehen und dafür kleine und mittlere Einkommen entlasteten. Die Rede des NRW-Finanzministers stieß auf große Resonanz.

Beim traditionellen SPD-Frühjahrsempfang am 14. März kamen mehr als 150 Gäste ins Porzer Rathaus. Zur Einstimmung begeisterte die Drum & Percussion-Gruppe **Konglomerat** von der Carl-Stanitz-Musikschule Porz die Gäste mit ansteckenden Trommelrhythmen. Anschließend begrüßte der SPD-Stadtbezirksvorsitzender **Ingo Jureck** die Anwesenden und freute sich über den breiten Querschnitt der Porzer Gesellschaft.

In einer Talkrunde stellten sich dann zunächst **Jochen Ott** und **Martin Dörmann** Fragen rund um den Porzer Verkehr, SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz und die mit sozialen Medien verbundenen Herausforderungen. Moderiert wurde die Runde von **Katrin Bucher**. Ott strich heraus, dass in NRW und Porz endlich massiv in Infrastruktur investiert werde und mahnte Geschlossenheit und Zusammenhalt in der Porzer Stadtgesellschaft an. Beim Thema Cyber-Mobbing stand für ihn fest: „Was man im richtigen Leben nicht sagt, darf man auch online nicht schreiben!“.

Auf Gründe für die aktuelle Euphorie um Martin Schulz angesprochen, erklärte Martin Dörmann, dass trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs viele Ungerechtigkeiten in Deutschland bestehen geblieben seien. Das spreche Martin Schulz glaubwürdig wie kein Zweiter an; dank ihm „rocke die SPD wieder“. In Zeiten von Hasspostings und Fake News äußerte Martin Dörmann Sorge um den demokratischen Diskurs. Die Internetkonzerne kämen ihrer gesetzlichen Pflicht, strafbare Inhalte zu entfernen nicht genügend nach. Deshalb habe Bundesminister Heiko Maas nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Rechtsverstöße auf Internetplatformen zügig vom Netz genommen werden sollen.

Anschließend kam NRW-Finanzminister **Norbert Walter-Borjans** zu Wort. In seiner Rede erinnerte er zunächst daran, dass der einst geschmähte starke Staat heute dringender denn je gebraucht werde, gerade von den Schwachen der Gesellschaft. Diesen müsse vorrangig eine Steuerentlastung zugutekommen.

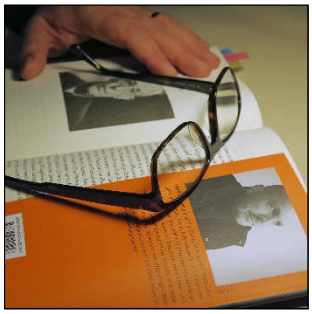
Er freute sich besonders, dass NRW trotz großer Investitionen in Lehrer, Polizisten und kommunale Haushalte 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorweise. „Es geht aber nicht, dass einer sagt: „Ich habe eine schwarze Null“, wenn andere dafür den Schwarzen Peter haben“, so der NRW-Minister mit Blick auf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Alle hätten sich an den Kosten des Gemeinwesens zu beteiligen, weshalb Walter-Borjans zum Abschluss versprach, sein großes Engagement gegen Steuerflucht und -vermeidung aufrechtzuerhalten.

Beim geselligen Ausklang standen die Mandatsträger allen Gästen zum Austausch bereit. Infostände der zahlreichen engagierten Bürgervereine des Stadtbezirks wurden ebenso rege frequentiert wie das Cateringangebot, das von der Damenmannschaft des 1. FC Spich 1911 bereitgestellt wurde.

Tim Pröse las aus seinem Buch „Jahrhundertzeugen“

Die Botschaft der letzten Helden gegen Hitler

„Jetzt müssen wir wohl alle erst einmal tief durchatmen.“ **Martin Dörmann** fasste die Gefühlslage der zahlreichen Gäste am Ende der Buchlesung richtig zusammen. Auf eine Empfehlung von **Andreas Weidner** hin hatte er zusammen mit **Jochen Ott** und dem SPD-Ortsverein Eil, Finkenberg, Gremberghoven **Tim Pröse** eingeladen. Der in München lebende Journalist und Autor beschäftigt sich in seinem Buch „Jahrhundertzeugen“ mit Widerstandsaktivisten und Holocaust-Überlebenden und las daraus in der Porzer Glashütte vor.



Zwischendurch beschrieb er die näheren Umstände der Begegnungen. Insgesamt 20 Jahre habe er recherchiert. Es sei meist schwer gewesen, an die Zeitzeugen zu kommen, oft sind es Angehörige der Nazi-Opfer oder der „letzten Helden gegen Hitler“, wie es im Untertitel heißt. Vertrauen musste aufgebaut werden.

Das gelang dem sehr empathisch erzählenden Pröse offensichtlich gut. Und so wurde der Band eine gefühlvolle Beschreibung der Persönlichkeiten und ihrer Taten, von **Oskar Schindler** oder **Berthold Beitz** bis hin zu **Sophie Scholl**.

Deren Schicksal habe ihn schon seit seiner Jugend gefesselt. Und so war er froh, dass er mit ihrer Schwester **Inge Aichinger-Scholl** sprechen konnte, die ihm die letzten Worte von Sophie schilderte, mit einem Bleistift geschrieben: „Freiheit!“

Besonders beeindruckend auch seine Schilderung der Antwort eines Opfers auf seine Frage, ob er die Täter hasst: „Nein. Wenn ich zurück hassen würde, hätte Hitler gewonnen.“

Zum Schluss fasste Martin Dörmann es so zusammen: „Gerade in einer Zeit, da viele Menschen mit Tod, Krieg oder Flucht konfrontiert sind und nationale, rechte Kräfte wieder erstarken, kann es helfen, sich an die Vergangenheit zu erinnern und daraus Lehren zu ziehen.“

Die Lesung fand sowohl im Publikum als auch in der Presse-Berichterstattung große Anerkennung. Pröse nahm sich am Abend noch lange Zeit, um viele Bücher zu signieren und mit den Gästen ins Gespräch zu kommen.

NRW-Justizminister Thomas Kutschaty zu Gast beim SPD-Ortsverein Rath/Heumar

Zum traditionellen Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath/Heumar konnte Vorsitzender **Oliver Krems** wieder zahlreiche Gäste begrüßen, darunter viele engagierte Vereinsvertreter/innen. Hauptredner war NRW-Justizminister **Thomas Kutschaty**. Er wies auf den deutlichen Aufwuchs bei Richtern und Polizeibeamten sowie zurückgehende Gewalt- und Jugendkriminalität hin. Zugleich betonte er die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit und Bildung für die SPD: „Wir wollen kein Kind zurück lassen!“

Es folgte eine von **Susana dos Santos Herrmann** moderierte Diskussion mit **Jochen Ott**, MdL und Bezirksbürgermeister **Marco Pagano** zu aktuellen Themen aus Land und Kommune. Schließlich gab **Martin Dörmann** einen Einblick in die politische Stimmungslage im Bund, die vor allem durch das Hoch für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten Martin Schulz geprägt ist.

Karnevalsimpressionen

Tolle Tage in Kölle! Vom „Närrischen Parlament“ in der Lanxesss-Arena über den grandiosen Porzer Rosensonntagszug auf dem Wagen der KG Urbacher Räuber bis zum schönen Abschluss auf dem SPD-Wagen beim Kalker Zug: Martin Dörmann hat es offensichtlich Spaß gemacht zu feiern!

DDR-Alltag, jüdisches Leben und die Arbeit im Bundestag

Martin Dörmann empfing eine Kölner Besuchergruppe in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war kürzlich wieder eine 50-köpfige Besuchergruppe aus seinem Wahlkreis vier Tage lang zu Gast in Berlin. Mit dabei waren insbesondere engagierte VereinsvertreterInnen, darunter des **Bürgervereins Porz-Mitte**, des **Ortsrings Eil** und des **Bundesverbands Rehabilitation**. Bei der vom Bundespresseamt und dem Wahlkreisbüro Köln organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt und besuchte zum Beispiel historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen.

So nahm die Gruppe an einer Plenarsitzung des Bundestages teil. Bei der anschließenden Diskussion mit Martin Dörmann ging es um spannende Themen wie zusätzliche Verkehrsinvestitionen, Lohngerechtigkeit oder die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten.

Einer der unterhaltsamsten Programmpunkte war für viele der Besuch der Ausstellung „Alltag in der DDR“ im Museum in der Kulturbrauerei. Hier finden sich nicht nur unzählige skurrile Gegenstände aus der DDR-Zeit, sondern auch Dinge des alltäglichen Lebens, wie etwa eine nachgebaute Gaststätte oder ein Trabant mit Zeltaufsatz. Auch der Besuch des Jüdischen Museums und das Informationsgespräch im Familienministerium fanden großen Anklang. Dort entstand eine intensive Diskussion um Kinderbetreuung und häusliche Pflege.

Zwischenstation der Gruppe beim Inder

Schülerdiskussion im Lessing-Gymnasium zu US-Präsident Trump

Deutsche Welle-Chefredakteurin Ines Pohl berichtet aus den USA

Auf Initiative von **Martin Dörmann** war **Ines Pohl** am 16. März zu Gast im Lessing-Gymnasium in Porz-Zündorf. Die Chefredakteurin der Deutschen Welle und der Abgeordnete diskutierten mit rund 120 Schülerinnen und Schülern der Oberstufe über die Wahl Donald Trumps und mögliche Gefahren für die Demokratie in den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt. Pohl konnte dabei ihre Kenntnis der Landeskultur und des Politikbetriebs der USA einbringen. Sie lebte viele Jahre in dem Land, unter anderem als Leiterin des Washingtoner Büros der Deutschen Welle und als Studentin an der Harvard-Universität.

Moderiert wurde die Runde vom Schüler **Luis Schmidt**. In seinem Eingangsstatement wies Martin Dörmann darauf hin, wie wichtig Qualitätssender wie die Deutsche Welle in Zeiten seien, in denen der freie Journalismus in den USA oder der Türkei unter Druck gerate. Pohl referierte über die Gründe und Probleme innerhalb der amerikanischen Gesellschaft, die die Wahl Trumps erst ermöglichten. Die tiefe Vertrauenskrise der amerikanischen Politik, mangelhafte Bildung, ein tabuloser und vor Lügen nicht zurückschreckender Wahlkampf vonseiten Trumps, aber auch Fehler Hillary Clintons führten schließlich zum bekannten Ergebnis.

Von einer Schülerin auf mögliche positive Aspekte Trumps angesprochen, antwortete Pohl, dass dieser beispielsweise die Konfrontation mit Russland vermeiden wolle und durchaus existente Probleme mit Drogenschmuggel aus Mexiko nicht ignoriere. Sie merkte kritisch an, dass bei vielen Medien die Fokussierung auf Trump den Blick auf andere, heimische Probleme verstellt habe.

Martin Dörmann und Ines Pohl waren sich darin einig, dass der Glaubwürdigkeitsverlust und Wandel der Medienlandschaft und -nutzung es erleichtere, sich sein ganz eigenes Weltbild zu schaffen und nur noch diejenigen Medien zu konsumieren, die dieses auch spiegeln.

Auf Nachfrage hinsichtlich der Zukunftsaussichten der Präsidentschaft Trumps und den Möglichkeiten der Opposition entgegnete Pohl, dass vieles denkbar sei. „Vielleicht schmeißt er irgendwann hin, weil er merkt, dass Präsident sein doch ein schwerer Job ist.“ Die Demokraten seien in jedem Fall gefordert, einen neuen, unverbrauchten Kandidaten zu stellen, der glaubwürdig und integer sei.

Abschließend lobte Martin Dörmann das Engagement und die Diskussionskultur der Schüler des Lessing-Gymnasiums.

Vom Hövi-Land in die USA

Für **Joschua Kemper** geht ein Traum in Erfüllung: er wird ab dem Sommer für ein Jahr eine amerikanische High School besuchen. Im Rahmen des 34. Parlamentarischen-Patenschafts-Programmes zwischen dem US-Kongress und dem Deutschen Bundestag hatte er sich um ein Stipendium beworben und unzählige Bewerberinnen und Bewerber hinter sich gelassen.

Letztendlich fiel **Martin Dörmann** die schwere Aufgabe zu aus drei Finalisten zu wählen. Im persönlichen Gespräch überzeugte der junge Höhenberger nicht nur durch sein Engagement im dortigen „Hövi-Land“, einer kirchlich organisierten Ferieneinrichtung für Kinder und Jugendliche, sondern auch durch sein umfangreiches politisches Wissen.

SPD-Parteitag bestätigt Jochen Ott als Vorsitzenden

Jubel der Delegierten über Gastredner Martin Schulz

Auf dem kürzlichen Parteitag der Kölner SPD wurden ein neuer Vorstand bestimmt und zahlreiche inhaltliche Anträge verabschiedet. **Jochen Ott** bleibt Vorsitzender. Der Landtagsabgeordnete führt die Partei seit 2001. Zu seinen Stellvertretern gewählt wurden **Gabi Hammelrath**, **Rolf Mützenich** und (neu) **Susana dos Santos Herrmann**.

Begeisterung löste **Martin Schulz** aus, der als Überraschungsgast kam. In seiner immer wieder von großem Beifall begleiteten Rede forderte er mehr Gerechtigkeit in Deutschland: „Es darf nicht sein, dass Alleinerziehende arbeiten müssen, um die Kita zahlen zu können. Kitas müssen dafür da sein, damit Alleinerziehende arbeiten gehen können."

Startschuss für den Rhein-Ruhr-Express (RRX)

Milliardeninvestitionen für bessere Mobilität in Köln und NRW

Mit einem symbolischen Spatenstich im Kölner Hauptbahnhof unter Anwesenheit von Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** wurde am 17. März der offizielle Baubeginn des Rhein-Ruhr-Express (RRX) eingeläutet.

Durch Milliardeninvestitionen in die Bahninfrastruktur, mehr Züge sowie eine kürzere Taktung bringt der RRX deutliche Verbesserungen für die Pendler der NRW-Großstädte.

Für Köln ist besonders wichtig, dass auch ein RRX-Halt in Köln-Mülheim vorgesehen ist. Dessen Realisierung soll im Rahmen des Betriebsprogramms der Aufgabenträger erfolgen.

Mit dem kürzlich beschlossenen Bundesverkehrswegeplan 2030 investiert der Bund über 270 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 in die Verkehrsinfrastruktur. Für den RRX sind mehr als 1,7 Milliarden Euro eingeplant. Damit zählt der RRX zu einem von bundesweit sechs Projekten, die bis 2030 prioritär verwirklicht werden sollen. Dazu zählt auch der Bahnknoten Köln. Landesverkehrsminister **Mike Groschek** brachte es in seiner einzigartigen Art auf den Punkt, dass es nun um die konkrete Umsetzung geht: „Schüpp, schüpp und nicht quatschen!"

Unterstützung für Migrationsmuseum

Klasse Projekt für Köln und Deutschland: Der Verein DOMID hat ein Konzept für ein modernes, nationales Migrationsmuseum erarbeitet. Die Kölner Landtags- und Bundestagsabgeordneten der SPD setzen sich dafür ein, dass sich der Bund zur Hälfte an den Kosten beteiligt. **Martin Dörmann**, **Elfi Scho-Antwerpes** und **Ingrid Hack** besuchten kürzlich den Verein zusammen mit **Johannes Kahrs**, dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Der zeigte sich beeindruckt und sagte seine Unterstützung zu.

NRW-LANDTAGSWAHL AM 14. MAI

Das Kandidatenteam der Kölner SPD zur Landtagswahl

Ein starkes Team für Köln und NRW

Linkes Foto (v.l.): **Gabriele Hammlerath**, **Andreas Kossiski**, **Susana dos Santos Herrmann** , **Ingrid Hack**, **Lisa Steinmann**, **Martin Börschel** und **Jochen Ott**

Landtagswahlkreis		**SPD-Kandidat/in**
13 Köln I	Rodenkirchen, südliche Innenstadt	Ingrid Hack
14 Köln II	Stadtbezirk Lindenthal	Lisa Steinmann
15 Köln III	Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	Gabriele Hammelrath
16 Köln IV	Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim	Andreas Kossiski
17 Köln V	Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar	Jochen Ott
18 Köln VI	Kalk, Vingst, Humboldt/Gremberg, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, nördliche Innenstadt, Deutz	Susana dos Santos Herrmann
19 Köln VII	Stadtbezirk Mülheim	Martin Börschel

Nachfolgend vorgestellt werden die beiden Landtagskandidaten in den zwei Landtagswahlkreisen, die im Bundestagswahlkreis von Martin Dörmann liegen (Porz, Kalk und nördliche Innenstadt/Deutz)

Jochen Ott (Landtagswahlkreis 17 Köln V): Porz, Kalk-Ost

Am 9. Mai 1974 wurde **Jochen Ott** in Köln-Porz geboren. Wegen seines großen Interesses an Politik trat Jochen Ott noch vor seinem Abitur 1992 in die SPD ein. Er studierte Geschichte und Sozialwissenschaften und wurde 2001 mit nur 26 Jahren der jüngste Vorsitzende der Kölner SPD. Nach seinem 2. Staatsexamen nahm Ott 2002 die Lehrtätigkeit an der Gesamtschule Brühl auf, bis er 2002 in den Landtag NRW gewählt wurde. Seit 2008 ist er Mitglied im Landesvorstand und stellv. Vorsitzender der NRW SPD. Jochen Ott ist seit 2012 Stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr.

Jochen Ott ist verheiratet und Vater von drei Töchtern.

- **Homepage: www.jochen-ott.de**

Susana dos Santos Herrmann (Landtagswahlkreis 18 Köln VI): Nördl. Innenstadt, Kalk-West

Am 13. Mai 1968 in Kempen am Niederrhein als Tochter portugiesischer Einwanderer geboren worden. Nach einigen Jahren Im Ausland zog sie 1987 nach Köln um dort zu studieren. Seit Beendigung ihres Studiums der Geschichte und Soziologie arbeitet sie in der Öffentlichkeitsarbeit für verschiedene Vereine und Institutionen. 1990 trat dos Santos in die SPD ein. Nach vielen Jahren im Vorstand der KölnSPD ist sie seit März stellv. Vorsitzende. 2004 zog sie in den Rat der Stadt Köln ein. Seit 2009 ist sie dort stellv. Fraktionsvorsitzende und verkehrspolitische Sprecherin. Seit 2014 ist dos Santos zudem Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses.

Sie ist verheiratet und hat zwei Söhne.

- **Homepage: www.susana-dossantos.koeln**

SPD-Landesparteitag verabschiedet Wahlprogramm: „Der NRW-Plan“

Hannelore Kraft einstimmig zur Spitzenkandidatin gewählt

Hannelore Kraft soll Ministerpräsidentin bleiben und tritt erneut als Spitzenkandidatin an. Das Wahlprogramm setzt Schwerpunkte für Zusammenhalt und Zukunftssicherheit. Das sind die Ergebnisse des Parteitages und der Landesdelegiertenkonferenz der NRW SPD am 18. Februar.

Mehrere tausend Mitglieder brachten sich in den Monaten zuvor direkt oder über ihre Ortsvereine, Stadtverbände und Unterbezirke in das Wahlprogramm ein, das nun verabschiedet wurde. NRW soll noch stärker und gerechter werden: Geplant sind mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung genauso wie mehr Betreuung in Kitas und Schulen. Zudem wird Arbeitssuchenden der Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert und die Kitagebühren wegfallen.

2010 übernahm Hannelore Kraft die Regierungsverantwortung. Seitdem steht Nordrhein-Westfalen besser da. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem geringsten Stand seit über 20 Jahren. Die Investitionen für Kinder, Bildung und Familien liegen auf Rekordniveau. Mehr als 200 Milliarden Euro wurden in den letzten knapp sieben Jahren eingesetzt. „Wir alle stehen zusammen, wir sind eine große Einheit. Das wird uns auch jetzt stark machen“, schwor die Landesvorsitzende zum Abschluss ihrer Rede für die Spitzenkandidatur ein. Die Delegiertenversammlung setzte sie anschließend mit Begeisterung und einstimmig auf die Nummer Eins der NRWSPD-Landesliste, die insgesamt 130 Plätze umfasst. Hannelores beeindruckendes Ergebnis mit den Worten der Zählkommission ausgedrückt: „422 Stimmzettel wurden abgegeben. Mit Ja für Hannelore Kraft stimmten: 422.“

Die NRWSPD setzt bei ihrer Kampagne nicht nur auf glänzende Bilder, sondern auch auf einen Hashtag als zentralen Slogan: #NRWir. Es wird spannend sein, welche landespolitischen Themen unter diesem Slogan im Internet bis zum Urnengang diskutiert werden. „Schreibt, warum Ihr in die SPD eingetreten seid. Wofür Ihr kämpft. Was Nordrhein-Westfalen für Euch ist“, rief Generalsekretär André Stinka zum Mitmachen auf. Mit dem sehr guten Düsseldorfer Parteitag hat die NRWSPD die Weichen für die kommenden Monate gestellt.

Kölner Delegation mit Kanzlerkandidat Martin Schulz:
Bei der Landesdelegiertenkonferenz der NRW SPD am 25. März zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl erhielt Martin Schulz in geheimer Wahl 100 Prozent Ja-Stimmen!

Martin Schulz neuer Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD

Einstimmiges Rekordergebnis und sozialdemokratische Aufbruchstimmung

Jubel der über 3.500 Delegierten und Gäste auf dem Berliner Parteitag – die Stimmung ist auf Betriebstemperatur: Jetzt geht's los! Martin Schulz ist neuer Parteichef und Kanzlerkandidat der SPD. Der Wahlkampf ist eröffnet. Mit 100 Prozent wählten ihn die Delegierten zum neuen Vorsitzenden.

Bewegt schritt **Martin Schulz** am 19. März durch die Reihen von mehr als 3.500 jubelnden Menschen in der Berliner Arena. Die große Begeisterung für den designierten Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der vorherigen Wochen und Monate hält an. „Und nun stehe ich vor Euch. Ein Mann aus Würselen, aus einfachen Verhältnissen. Ich bewerbe mich um ein Amt, das großartige Menschen vor mir inne hatten", so Schulz in seiner Rede. Er tritt in die Fußstapfen von **August Bebel**, **Otto Wels** und **Willy Brandt**.

Gerechtigkeit, Respekt und Würde

Und er wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 100 Prozent zum neuen Parteichef und Kanzlerkandidaten gewählt. In seiner Rede zeigte sich Martin Schulz demütig und zugleich voller Tatendrang: „Wann immer die Freiheit in Deutschland bedroht oder wenn Reformen notwendig waren, dann musste das unsere stolze Partei hinbekommen."

Martin Schulz blickte kämpferisch nach vorne. Mit seiner Politik für die Menschen setzt er Zeichen für eine solidarische und intakte Gesellschaft, in der es darum geht, sich gegenseitig zu helfen und gemeinsam stark zu sein. „Bei unserem Programm wird es um Gerechtigkeit, um Respekt und um Würde gehen."

Wer in diesem Land hart arbeitet, wer sich engagiert, wer für die Eltern oder für die Kinder da ist und sich dabei an die Regeln hält, „der hat unseren Respekt verdient", betonte Martin Schulz.

Eine Gesellschaft, die gerechter ist und in der soziale Sicherheit existiert, sei zudem widerstandsfähiger, betonte der Parteivorsitzende. „Nicht so anfällig für die einfachen Botschaften der Verführer, die inzwischen weltweit ihr Unwesen treiben." Den Gegnern von Freiheit und Demokratie rief er entgegen: „In der SPD habt Ihr den entschiedensten Gegner, den man haben kann!"

Es geht um Sicherheit und Freiheit in einer gerechten Gesellschaft – Zeit für eine neue sozialdemokratische Ära. Martin Schulz schwor die Mitstreiterinnen und Mitstreitern auf einen kämpferischen Wahlkampf ein: „Wir wollen, dass die SPD die stärkste politische Kraft nach der Bundestagswahl wird." Unter anhaltendem Beifall fügte er hinzu: „Und ich will der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden."

Sigmar Gabriel hatte den Wechsel zu Martin Schulz möglich gemacht. Nach knapp siebeneinhalb Jahren Parteivorsitz verabschiedete er sich aus der Parteispitze. Unter großem Beifall der Delegierten und der 3.500 Genossinnen und Genossen in der Halle betonte er sichtlich gerührt: „Es gibt keinen Grund für Melancholie. Es dürfte der fröhlichste Übergang sein, den unsere Partei seit Jahrzehnten erlebt hat." Vom Parteitag ging ein Signal des Aufbruchs aus. Gabriel: „Dieser Aufbruch hat einen neuen Namen: Martin Schulz."

Auszüge aus der Rede von Martin Schulz beim Bundesparteitag am 19. März 2017

Danke für diesen überschwänglichen Empfang. Jeder spürt es, hier im Saal, genauso wie im Land: Die SPD ist wieder da! Wir sind wieder da! Das ist eine gute Nachricht für die Menschen im Lande, in Deutschland. Das ist eine gute Nachricht für Deutschland, eine gute Nachricht für Europa und eine gute Nachricht für die Demokratie.

Ich bewerbe mich heute um den Parteivorsitz der ältesten Partei in diesem Lande. Ich bewerbe mich um den Vorsitz einer 153 Jahre alten Partei, die [...] im Gegensatz zu anderen Parteien nie ihren Namen ändern musste und die trotzdem oder vielleicht gerade deshalb Kaiserreich, Kriege, Diktaturen überlebt hat und die die Demokratie in Ost- und in Westdeutschland mit aufgebaut hat. [...]

Wer in diesem Land hart arbeitet - sei es als Selbstständiger oder als Arbeitnehmer oder als Arbeitnehmerin -, wer sich engagiert, wer für die Eltern oder für die Kinder da ist, wer sich in diesem Land abrackert und an die Regeln hält, der hat unseren Respekt verdient. [...]

Deshalb bleiben wir hart bei der Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, für Männer und für Frauen, gleichermaßen in Ost und in West.

[...] Wir wollen die Rente sicher machen und dafür sorgen, dass die, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben, auch im Alter ordentlich und in Würde davon leben können. Denn es sind doch die Alten gewesen, die Deutschland aufgebaut und zu dem wunderbaren und lebenswerten Ort gemacht haben, der unser Land heute ist. Dafür haben sie Dank, Respekt und Anerkennung verdient.

Wir wollen in diesem Land die richtigen Rahmenbedingungen für engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen, damit sie sich entwickeln und wachsen können und damit so sichere und gut bezahlte Jobs entstehen. Gerade im Bereich der Digitalisierung brauchen mittelständische und kleine Unternehmer unsere Hilfe, sei es infrastrukturell - und hier insbesondere im ländlichen Raum.[...]

Wir wollen in Deutschland auch eine kreative und neugierige Atmosphäre erhalten, in der Kunst und Kultur, damit die kreativ Tätigen, die Menschen, die sich künstlerisch betätigen, die Kulturschaffenden in unserem Land, die Möglichkeit haben, uns zu bereichern, uns zum Staunen, zum Zweifeln, zum Nachdenken, zum Reflektieren zu bringen. Kunst und Kultur gehören in die Mitte der Gesellschaft und sind keine Randphänomene. [...]

In unserer Gesellschaft hat sich etwas verändert, etwas Bedeutendes: Bei vielen Menschen, bei vielen Familien verschiebt sich der Moment, an dem sie Kinder bekommen, immer weiter nach hinten. [...] Hierdurch entsteht eine neue Herausforderung: Denn diese Eltern sind - wie wir alle - beruflich enorm belastet und herausgefordert. Gleichzeitig müssen sie sich aber noch um ihre Kinder kümmern, die noch zu Hause sind, noch in der Ausbildung sind, noch zur Uni gehen. Auf der anderen Seite sind die Eltern aber teilweise schon so alt, dass sie zuwendungs- und zum Teil sogar pflegebedürftig sind. [...]Wir dürfen nicht zulassen, dass die Menschen in solchen Lebenslagen in die Knie gezwungen werden - weder physisch noch psychisch noch finanziell. Im Gegenteil: Sie verdienen unsere Unterstützung, die Unterstützung eines handlungsfähigen Staates und einer solidarischen Gesellschaft.

Wenn wir also in die Schulen, in die Universitäten, in die Kitas investieren, können wir diese Generation spürbar entlasten. Genauso ist es auf der anderen Seite, wenn wir in die Pflege investieren. [...]

Wir, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wollen, dass Bildung gebührenfrei wird. [...] Wir wollen, dass es - für die, die das wünschen - einen Rechtsanspruch auf Plätze an Ganztagsschulen gibt. [...] Genau das ist im Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern und von mehr Chancengleichheit der Kinder. Und wir wollen, dass der Bund die Länder bei der Schulsozialarbeit nachhaltig unterstützt, über die Mittel hinaus, die wir der Union schon abgetrotzt haben. Denn die familiären und sozialen Probleme - das wissen wir doch alle - landen in den Schulen. [...]

Was ich aufgezählt habe, kostet Geld. Es sind Investitionen in die Köpfe, in die Zukunft unserer Kinder, in die Aus- und Weiterbildung der Menschen und vor allem auch in die Infrastruktur, die wir brauchen, wenn wir weiterhin ein ökonomischer Champion in Europa und in der Welt sein wollen. Es sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, mit denen wir gleichzeitig mehr Gerechtigkeit schaffen und wirtschaftlichen Fortschritt erst ermöglichen.

Aber wenn ich davon spreche, wie wir die Familien unterstützen, geht es mir noch um etwas Weiteres: Denn Familie bedeutet auch: gemeinsame Zeit. [...] Deshalb müssen wir eine Antwort dafür finden, wie die Familien mit der Dreifachbelastung „Erziehung der Kinder, Betreuung der Eltern und Erfolg im Beruf“ fertig werden, wie sie das hinbekommen können. Damit sprechen wir also über das Thema Zeit. Konkret darüber, wie wir eine größere Flexibilität ermöglichen, um die genannten Anforderungen unter einen Hut zu bekommen. Das ist einer der Gründe, warum

wir die Union bei dem Thema „Recht von Teilzeit wieder in Vollzeit zurückzukehren“ so drängen, mit uns gemeinsame Sache zu machen. Und ich bin zuversichtlich, dass wir das absehbar noch in dieser Wahlperiode hinbekommen werden. [...]

Zum Respekt gehört auch, dass wir nicht zulassen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz hoher Qualifizierung Angst haben müssen, aus dem Arbeitsmarkt zu fallen. [...] Deshalb haben wir vorgeschlagen, unsere Arbeitsmarktpolitik weiterzuentwickeln. [...]

Einen entscheidenden Schritt haben wir dabei in dieser Wahlperiode bereits umgesetzt.[...] Wir haben den Mindestlohn eingeführt und so Hunderttausenden ein besseres Einkommen und damit auch eine bessere Rente ermöglicht.

[...]Deshalb müssen wir in einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt für die Menschen, die herausgefallen sind, wieder den Anschluss an den Arbeitsmarkt über die Qualifizierung ermöglichen. [...] Deshalb werden wir die Bundesagentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln, damit sie stärker Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose im Auge hat.[...] Diese Initiative ist gut für Deutschland insgesamt! [...]

Lasst es mich in aller Klarheit sagen, auch an die Adresse all derjenigen, die für sich so großen ökonomischen Sachverstand reklamieren: Die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland hängt nicht von der Länge des Bezugs des Arbeitslosengeldes ab, sondern von der Qualifizierung der Menschen. [...]

Alle die Maßnahmen, die ich skizziert habe, sind Zeichen einer solidarischen und intakten Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der sich die Menschen gegenseitig helfen und in der wir in Gemeinschaft stark sind. [...] Eine Gesellschaft, in der soziale Sicherheit existiert, ist auch widerstandsfähiger, nicht so anfällig für die einfachen Botschaften der Verführer, die inzwischen ja weltweit ihr Unwesen treiben. [...]

Da ist einerseits die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus. Menschenverachtende Mörder, die die Religion als falsche Rechtfertigung für ihr zynisches Geschäft missbrauchen.[...] Der sogenannte Islamische Staat hat diesen Krieg nach Europa getragen, indem er hier bei uns und in anderen Ländern Europas furchtbare Anschläge begangen hat. Hier darf es kein Pardon geben. Und wir werden beweisen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist und sich zu verteidigen weiß, ohne dass wir dabei unsere Freiheit und unsere Offenheit aufgeben.

Dabei setzt sozialdemokratische Sicherheitspolitik nicht nur auf den Ausbau der Sicherheitsbehörden und auf das Strafrecht - das sicherlich auch -, sondern wir wollen auch präventiv tätig sein. [...]

Eine andere große Herausforderung für unsere Demokratie sind allerdings auch und in zunehmendem Maße die unbelehrbaren Rechten, die Nationalisten und Populisten, denen eine freie und tolerante Gesellschaft ein Dorn im Auge ist. [...]

Die AfD in Deutschland hat genauso wie die nationale Front in Frankreich oder die Rechtsextremen in den Niederlanden eine Rhetorik der 20er-Jahre des letzten Jahrhunderts, und wir alle wissen, wohin dies unser Land und unseren Kontinent gebracht hat. [...] Eine Alternative für Deutschland? Nein, das ist eine Schande für die Bundesrepublik!

Dieselbe Partei schließt die freie Presse von ihren Versammlungen aus. [...] Eine freie und unabhängige Berichterstattung, ein kritisches Hinterfragen derjenigen, die die Macht haben, oder derjenigen, die die sie anstreben, ist ein elementarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft.[...] Wer die freie Berichterstattung als „Lügenpresse“ bezeichnet, wer selektiv mit Medien umgeht, legt die Axt an die Wurzel der Demokratie - ob er der Präsident der Vereinigten Staaten ist oder ob er bei einer Pegida-Demonstration mitläuft. Beides ist nicht akzeptabel! [...]

Die Antwort auf diese globalen Unsicherheiten heißt: Europa. [...] Denn die Idee der Kooperation der Völker über Grenzen hinweg, dass sie sich für Frieden, für Freiheit, für unsere gemeinsame Sicherheit und für den Wohlstand der Menschen zusammenschließen, das ist die Idee von Europa. [...]

Europa wurde in diesem Geist von Deutschland mit geschaffen. [...] Deshalb will ich mich auch dafür einsetzen: für klarere Absprachen unter den europäischen Staaten, aber auch - und das sage ich in aller Offenheit - für eine konsequentere Linie gegenüber den Ländern, die von Europa enorm profitieren und Solidarität bekommen, aber, wenn es um die Solidarität mit Flüchtlingen geht, „Nein, danke“ sagen. Das ist nicht akzeptabel. [...]

Was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leisten müssen, ist mit einem Satz zu beschreiben: Wir müssen der Bündnispartner dieser Menschen sein. [...]

Ich trete mit einem klaren Anspruch an. [...]Wir wollen, dass die SPD die stärkste politische Kraft nach der Bundestagswahl wird, damit sie das Mandat bekommt, dieses Land besser und gerechter zu machen und den Menschen den Respekt entgegenzubringen, den die Menschen verdienen.

Und ich will, liebe Genossinnen und Genossen, der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden.

Frank-Walter Steinmeier ist Bundespräsident

Impressionen von der der 16. Bundesversammlung

Am 22. März wurde **Frank-Walter Steinmeier** als neuer Bundespräsident vereidigt. Damit trat er die Nachfolge von **Joachim Gauck** an. Mit großer Mehrheit (über 75 Prozent) hat die 16. Bundesversammlung am 12. Februar den ehemaligen Außenminister zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Ihr gehören jeweils 630 Bundestagsabgeordnete sowie 630 von den Landtagen gewählte Wahlfrauen und -männer an.

Nachfolgend beschreibt Martin Dörmann den Ablauf der Bundesversammlung aus seiner Sicht.

Samstag, 11. Februar

15:20 Uhr: Flug von Köln nach Berlin

Am Tag vor der Bundesversammlung geht es los nach Berlin. Die Fraktionsgremien tagen. Zudem steht abends der traditionelle SPD-Empfang an. Neben mir sitzt CDU-Kollege **Wolfgang Bosbach** im Flieger. Er müsse morgen so schnell wie möglich wieder zurück zu einem Karnevalstermin. Deshalb gebe er seine Stimme Steinmeier, damit dieser gleich im ersten Wahlgang gewählt werde.

Ich kann mir vorstellen, dass auch andere Unionskollegen nicht so ganz begeistert sind. Auf der anderen Seite: es spricht für die anerkannte Persönlichkeit Steinmeiers und für unsere parlamentarische Demokratie, dass eine breite Mehrheit für ihn gesichert scheint. So war es auch bei Joachim Gauck, damals ebenfalls von der SPD vorgeschlagen. Er war ein sehr guter Bundespräsident. Seine Vorgänger Köhler und Wulff waren Vorschläge Merkels und sind jeweils zurückgetreten. Was lernen sie und wir daraus? Man sollte sich einfach immer auf die SPD-Vorschläge verlassen!

17:00 Uhr: Sitzung des Fraktionsvorstandes mit dem Parteivorstand und den Ministerpräsidenten der SPD

Auf dem Weg zum Fraktionsvorstandssaal spreche ich mit **Sigmar Gabriel** und lobe ihn für seinen Schulz-Coup. Dafür wird ihm an diesem Wochenende noch sehr oft gedankt, was ihn sichtlich rührt. Er wirkt ein Stück weit erleichtert und ist gut drauf. Zur Kanzlerkandidatur erzähle ich ihm eine amüsante Geschichte, die ihm so gut gefällt, dass er sie gleich an **Martin Schulz** weitergibt.

Schon das erste Treffen an diesem Wochenende ist von einer Hochstimmung unter Sozialdemokraten geprägt. Steinmeier wird Bundespräsident, Schulz Kanzlerkandidat. Und jeder kann aus seinem Wahlkreis von einer Aufbruchstimmung und zahlreichen Neueintritten in die SPD berichten. Auch die Umfragewerte weisen steil nach oben.

Das Jahr hätte besser nicht beginnen können. Schulz wirkt! **Thomas Oppermann,** Sigmar Gabriel und Martin Schulz würdigen das besondere Ereignis der Präsidentenwahl. Vermutlich wird es bei der Union nicht so gut gelaunt zugehen.

18:00 Uhr: SPD-Fraktionssitzung mit den von der SPD bestimmten Mitgliedern der Bundesversammlung

Als **Frank-Walter Steinmeier** den Otto-Wels-Saal betritt, brandet Jubel auf. Die Standing Ovations für ihn leiten die Sitzung ein.

Thomas Oppermann begrüßt alle Wahlfrauen und -männer, einige nennt er namentlich. Die SPD-Fraktionen aus den Bundesländern haben zahlreiche Prominente aus der Gesellschaft als Delegierte entsendet. Darunter Schauspielerinnen wie **Iris Berben**, **Senta Berger** und **Mariele Millowitsch**, SängerInnen wie **Katja Epstein**, **Stefanie Kloß** von **Silbermond**, **Peter Maffay** oder **Roland Kaiser**. Auch der DGB-Vorsitzende **Rainer Hoffman**, Fußballgröße **Reinhard Rauballl** und Münchens Bürgermeister **Dieter Reiter** sind dabei. Das mediale Interesse für sie ist groß und transportiert die besondere Bedeutung der Wahl. Das ganze Wochenende werden unzählige Fotos mit ihnen geschossen.

Sigmar Gabriel zitiert den Kommentar einer Zeitung, der die Wahl als abgekartete Sache diskreditiere. Genau diese verfehlte Tonlage belaste den demokratischen Diskurs. Dabei habe es keinen Deal gegeben, sondern es läge einfach daran, dass Frank der beste Kandidat sei, gegen den die Union niemanden überzeugend aufstellen konnte. Steinmeier bedankt sich für die große Unterstützung und lobt das Geschick von Gabriel. Schließlich ordnet Schulz die Wahl mit stimmigen Worten historisch ein.

19:00 Uhr: SPD-Empfang

Das passt: Die große Halle im Westhafen hat Flair und ist in rotes Licht gehüllt. Ein würdiger Rahmen mit einer Atmosphäre wie bei einem großen Familienfest der Sozialdemokratie. Neben den SPD-Mitgliedern der Bundesversammlung sind MitarbeiterInnen und weitere Gäste eingeladen, darunter **Mario Adolf** und **Klaus Staeck**.

Franz Müntefering ist sozialdemokratischer Rekordhalter bei Bundesversammlungen, seit der Wahl von Walter Scheel ist er schon dabei. Deshalb gehört er zu den Talkgästen, die den Abend einleiten, nach und nach gesellen sich weitere auf der Bühne dazu. Iris Berben lobt Steinmeier in einer emotionalen, bewegenden Rede als richtigen Mann für das höchste deutsche Staatsamt. Er sei jemand, der nicht sofort losrede, sondern sich Gedanken mache, seine Worte genau überlege und für eine verantwortungsvolle Politik stehe.

Höhepunkt ist das Gespräch mit Steinmeier und seiner Frau. Beide machen einen entspannten, gelösten Eindruck, voller Vorfreude. Sie harmonieren als Paar wunderbar, geradezu rührend. „Ohne Dich hätte ich es nicht gemacht", sagt Frank. Dann gibt er zu, bei jeder neuen Aufgabe hätte er versprochen, mehr Zeit für zu Hause zu haben, das würde aber vermutlich auch diesmal nicht ganz klappen. Steinmeiers Doktorvater ist mit dabei. Er habe es damals sehr bedauert, dass jener die akademische Laufbahn ausschlug. Aber so sei es ja nun auch ganz gut gekommen. Stimmt.

Den Abend begleiten zahlreiche fröhliche Begegnungen an den Stehtischen, ehe der Saal bei dem Auftritt von **Roland Kaiser** so richtig abgeht. „Manchmal möchte ich schon mit Dir...!“ Steinmeier wird sich am Tag darauf verwundert zeigen, wie viele Sozialdemokraten dabei textsicher waren.

Sonntag, 12. Februar

11:00 Uhr: SPD-Fraktionssitzung mit den von der SPD bestimmten Mitgliedern der Bundesversammlung

Traditioneller „Zählappell", um sicherzustellen, dass alle da sind. Sind sie. Wer jetzt noch keine Wahlausweise hat, bekommt sie vor dem Fraktionssaal. Kurze Reden von **Thomas Oppermann** und **Martin Schulz**, dann geht es rüber zum Plenarsaal.

Der sieht etwas anders aus als sonst, schließlich mussten im Inneren die doppelte Anzahl von Stühlen aufgebaut werden. Jeder davon ist mit einer farblichen Parteikennung markiert - damit sich niemand in die falschen Reihen setzt.

Die Kölner Comedian **Carolin Kebekus** ist als von den Grünen nominierte Wahlfrau dabei. Da waren wir einfach nicht schnell genug. Ich grüße sie von meinem Büroleiter **Tim Cremer**, beide sind seit vielen Jahren eng befreundet. Ebenfalls mit dabei ist **Jogi Löw**. Bei den geschossenen Selfies liegt heute nur er mit Iris Berben und Senta Berger auf Augenhöhe. Deutschlands bekanntester Travestiekünstler **Olivia Jones** fällt im Saal mit leuchtend orangen Haaren auf, Fraktionskollege **Sönke Rix** postet dazu treffend: „Deutschland muss bunt bleiben!“

12:00 Uhr: Bundesversammlung

Bundestagspräsident **Norbert Lammert** eröffnet die Versammlung und begrüßt Bundespräsident **Joachim Gauck** auf der Tribüne. Der nimmt die dankenden Worte und den großen Applaus des Hauses sichtlich gerührt entgegen.

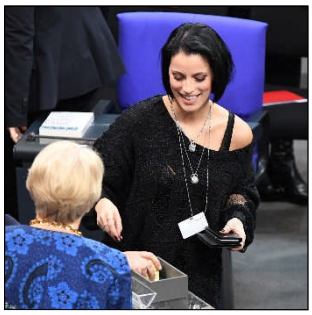
Es folgt eine starke Rede Lammerts, in der er sowohl auf historische als auch aktuelle Bezüge eingeht. Er kritisiert **Donald Trump**, ohne ihn beim Namen zu nennen, deutlich: „Wer Abschottung anstelle von Weltoffenheit fordert, wer sich sprichwörtlich einmauert, wer statt auf Freiheit auf Protektionismus setzt und gegenüber der Zusammenarbeit der Staaten Isolationismus predigt, wer zum Programm erklärt „Wir zuerst!“, darf sich nicht wundern, wenn es ihm andere gleichtun – mit allen fatalen Ne-

benwirkungen für die internationalen Beziehungen, die uns aus dem 20. Jahrhundert hinreichend bekannt sein sollten."

Es folgt langanhaltender Beifall der weit überwiegenden Mehrheit des Hauses, die meisten erheben sich. Das gibt es selten und ist ein besonderes Zeichen. In diesem Augenblick erscheint mir Deutschland erneut als Insel der Hoffnung in einem internationalen Umfeld, das zunehmend von Nationalismus und autoritären Regimen geprägt ist. Ich würde mir wünschen, den Wert einer gefestigten Demokratie lernen noch mehr Menschen schätzen. Denn: Nichts kommt von selbst!

Kleiner Schönheitsfleck der Rede: in seiner lobenden Aufzählung früherer Bundespräsidenten nennt Lammert mehrere CDU-Parteikollegen bis zu **Christian Wulff**, findet aber keinen Platz für den Sozialdemokraten **Johannes Rau**. Dabei ist dessen Motto „Versöhnen statt Spalten" aktueller denn je. Schade. Ein überraschender Fauxpas, von dem wir uns aber heute gar nicht weiter irritieren lassen. Vielleicht war es ja als Trostpflaster für seine Unionskollegen gedacht?

Nach einigen Hinweisen zum Verfahren folgt der eigentliche Wahlgang. Jedes Mitglied der Bundesversammlung wird in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen. Mit meinem weißen Wahlausweis für den ersten Wahlgang gehe ich vor den Plenarsaal und kreuze meinen Stimmzettel in einer Kabine an, bevor ich ihn in einen Umschlag lege. Dann geht es zurück ins Plenum. Dort werfe ich den Brief in eine Urne. War gar nicht schwer, das richtige Kreuz zu machen.



Bis alle Mitglieder gewählt haben, dauert es nun eine Weile. Ich nutze die Gelegenheit, um mit dem Fraktionsvorsitzenden der Union **Volker Kauder** über das Freiheits- und Einheitsdenkmal zu sprechen. Der Haushaltsausschuss hat das Projekt vorerst blockiert, ich hoffe, wir bekommen es wieder flott. Zwei Tage später werden Oppermann und Kauder tatsächlich den Weg wieder frei machen: das Denkmal kann kommen. Gut so!

Für die Auszählung der Wahl wird die Sitzung für rund 40 Minuten unterbrochen. Dann die Bekanntgabe des Ergebnisses: Von 1239 gültigen Stimmen entfallen auf Frank-Walter Steinmeier 931! Das entspricht gut 75 Prozent, eines der besten Wahlergebnisse für einen Bundespräsidenten überhaupt. Meine farbigen Stimmausweise für weitere Wahlgänge brauche ich erwartungsgemäß nicht mehr. Ich hebe sie als Erinnerung auf. Joachim Gauck gratuliert dem Gewählten als einer der ersten.

Steinmeier hat traditionsgemäß nur wenige Minuten für eine kurze Dankesrede, schließlich muss er bis zur Vereidigung noch bis zum 22. März warten. Er macht deutlich, worum es ihm vor allem gehen wird: um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, die Suche nach deren „Kitt". Der künftige Bundespräsident wirbt für die Demokratie, „unser Fundament". Wenn dieses Fundament in anderen Ländern wackele, dann müssten wir umso fester dazu stehen.

„Wir machen anderen Mut, nicht, weil alles gut ist in unserem Land, sondern weil wir gezeigt haben, dass es besser werden kann, dass nach Kriegen Frieden werden kann, dass nach Teilung Versöhnung kommen kann, dass nach der Raserei der Ideologien so etwas wie politische Vernunft einkehren kann und dass in unserem Land vieles geglückt ist.“

Nach der Rede wird die Nationalhymne gesungen, bevor der Bundespräsident um 14:34 Uhr die Bundesversammlung schließt und zu einem Empfang einlädt. Einige Abgeordnete nutzen die Gelegenheit, um Steinmeier zu gratulieren, auch ich. Er ist einfach die beste Wahl für unser Land und wird sein Amt selbstverständlich überparteilich ausüben. Herzlichen Glückwunsch, lieber Frank!

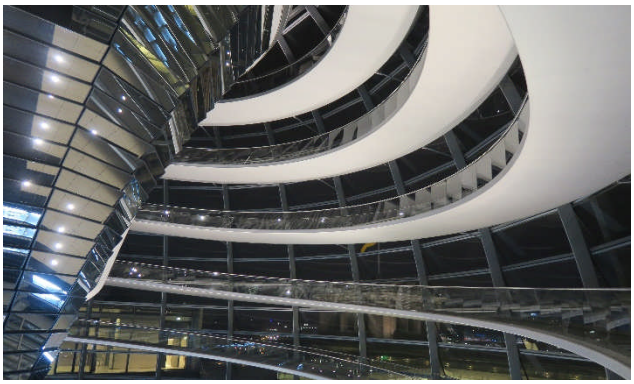
14:35 Uhr: Empfang im Paul-Löbe-Haus

Der Tross der Bundesversammlung zieht nun vom Reichstag ins „PLH". Es bietet reichlich Platz, leckere Speisen und die Möglichkeit zu vielen Gesprächen. Ich bleibe eine knappe Stunde, ehe ich aufbreche. Zufällig sind heute Verwandte in Berlin, mit denen ich noch etwas unternehmen will.

Als ich mit ihnen später gegen 18:30 Uhr Station im Reichstag mache, ist dieser schon fast komplett aufgeräumt. Das nennt man mal perfekte Organisation! Vor wenigen Stunden war hier noch ein einzigartiges Gewimmel mit einer Rekordzahl von Medienvertretern. Wir beenden unseren Rundgang oben auf der Kuppel und sind neben den beiden Beamten vom Sicherheitsdienst die einzigen, die dort rumlaufen. So leer habe ich die Kuppel noch nie erlebt.

Wir genießen den besonderen Moment bei klarster Sicht und lassen schließlich den Abend beim Italiener gemütlich ausklingen. Am Folgetag beginnt für mich die neue Sitzungswoche.

Mein Fazit des Wochenendes ist eindeutig: es war ein ganz besonderes Erlebnis. Meine fünfte Bundesversammlung war definitiv die schönste!



Vereidigung des Bundespräsidenten

In seiner Antrittsrede betont Steinmeier den Wert der Demokratie

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe“. Mit diesem Worten wurde **Frank-Walter Steinmeier** am 22. März zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vereidigt.

Steinmeier kündigte an, ein zwar überparteilicher, aber kein neutraler Präsident zu sein: „Ich werde parteiisch sein, wenn es um die Sache der Demokratie selbst geht.“ Partei ergreifen werde er auch, wenn es um Europa geht: „Mut zu Europa brauchen wir wohl auch heute." Demokratie sei eine anstrengende Staatsform und die einzige, die Fehler erlaube, weil die Korrekturfähigkeit eingebaut sei. Nie wieder dürfe eine politische Kraft so tun, als habe sie den politischen Willen des Volkes gepachtet: „Lassen Sie uns gemeinsam einstimmig dagegenhalten.“

Mut sei das Lebenselixier der Demokratie, diese die „Staatsform der Mutigen“. Nur wer selber Mut habe, könne andere ermutigen und selber Mut erwarten. Unter großem Beifall forderte der Bundespräsident: „Wir müssen über Demokratie nicht nur reden, wir müssen wieder lernen, für Demokratie zu streiten.“ Die Demokratie stehe unter lautem Beschuss, aber es gebe auch eine „Erosion von innen". Populisten würden zum Kampf gegen das Establishment einladen. Dennoch gebe es keinen Grund für Alarmismus. Die Zukunft sei offen, „überwältigend ungewiss“, man lebe in Zeiten des Übergangs. Doch dürfe Flucht in die Verzagtheit aus Angst vor der Zukunft „nicht unser Weg sein“. Der Bundespräsident rief zu einer „Kultur des demokratischen Streits“ auf und warb für ein „Dauergespräch unter Demokraten“.

Bundesratspräsidentin Malu Dreyer hatte Steinmeier zuvor als „Glücksfall“ bezeichnet. Steinmeier habe „uns immer wieder leidenschaftlich daran erinnert, wie wenig selbstverständlich es ist, was wir in unserem Rechtsstaat selbstverständlich genießen“.

Der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck sprach „als Bürger“ über die „beglückende Erfahrung“ in seiner fünf jährigen Amtszeit, dass sich viele Länder am deutschen Modell des Rechtsstaats, am friedlichen Wechsel von Regierungen, am Sozialstaat orientierten. Viele schätzten Deutschland als verlässlichen Bündnispartner und Stabilitätsanker. An den „Stätten des Grauens" seien ihm Menschen „im Geist der Versöhnung und sogar mit Freundschaft“ begegnet.

„Ich danke Ihnen für Ihren herausragenden Dienst an der Bundesrepublik Deutschland“, sagte Dreyer, als sich der Saal erhob, um Gauck im Stehen Beifall zu zollen. Bundestagspräsident **Norbert Lammert** ergänzte: „Joachim Gauck hat sich um unser Land verdient gemacht“.

Die Position der SPD-Bundestagsfraktion

Zurzeit ist das Verhältnis zwischen Deutschland und der türkischen Regierung angespannt und schwierig. Das hat vielerlei Gründe, nicht zuletzt wegen des anstehenden Referendums über eine Verfassungsänderung in der Türkei, mittels derer sich Präsident Erdogan erhebliche Macht verschaffen will. Kritiker warnen vor autokratischen Verhältnissen. Die SPD-Fraktion plädiert für Besonnenheit.

Anlässlich der nahenden Abstimmung in der Türkei betreiben türkische Regierungsmitglieder in Deutschland massiv Wahlwerbung für Erdogan und machen dabei auch vor üblen Polemiken gegen die deutsche Regierung nicht Halt. So war zuletzt davon die Rede, die Bundesregierung bediene sich Nazi-Methoden, weil einige Auftritte nicht wie geplant stattfinden konnten. Viele in der deutschen Politik und den Medien fordern nun, derartige Wahlkampfauftritte in deutschen Städten zu verbieten.

SPD-Fraktionschef **Thomas Oppermann** sagt: „Die Situation in der Türkei ist erschreckend". Erdogan habe die Türkei wirtschaftlich fast ruiniert. „Sie wollen Feindbilder schaffen, um von den eigenen schweren Versäumnissen abzulenken." Oppermann bezog sich damit auf die besagten Nazi-Vergleiche türkischer Regierungsmitglieder. Offenbar sei sich Erdogan einer Mehrheit für seine Verfassungsreform nicht mehr sicher. Die Nazi-Vergleiche wies Oppermann als „absurd und hanebüchen" zurück.

Es sei zudem ein Widerspruch, wenn sich die türkische Regierung bei ihren Wahlkampfauftritten in Deutschland auf die Meinungsfreiheit berufe, die sie selbst in der Türkei mit Füßen trete.

Oppermann stellte in dem Zusammenhang klar: „Mir bereitet es großes Unbehagen, wenn türkische Politiker in Deutschland Werbung für eine Verfassungsreform machen wollen, mit der die Macht des Parlamentes und damit die demokratische Gewaltenteilung in der Türkei deutlich eingeschränkt würden. Ich bin nichtsdestotrotz der Ansicht: Gerade weil wir die Meinungsfreiheit in unserem Land achten, sollten wir diese Auftritte ertragen."

Zugleich betonte er: „Wer wie die Türkei diese Grundrechte nicht beachtet, wird weiterhin mit unserem lauten Widerspruch rechnen müssen. Dabei lassen wir uns weder einschüchtern noch provozieren. Das gilt auch mit Blick auf absurde Anschuldigungen oder Drohungen, wenn deutsche Kommunen von ihrem Recht Gebrauch machen, Veranstaltungen türkischer Politiker im öffentlichen Raum wegen Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzusagen." Oppermann sprach sich dennoch gegen ein generelles Auftrittsverbot aus, weil man damit Erdogan nur einen Gefallen tue.

Außenminister **Sigmar Gabriel** hofft nach einem Treffen mit seinem türkischen Kollegen **Mevlüt Cavusoglu** auf eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen beider Länder.

„Wir waren uns einig, dass keine der beiden Seiten ein Interesse daran hat, die Beziehungen nachhaltig zu beschädigen", sagte Gabriel nach dem Gespräch. Er stellte eine klare Forderung auf: Weitere Nazi-Vergleiche der türkischen Regierung dürfe es nicht geben. „Es gibt Grenzen, die man nicht überschreiten darf".

Das Gespräch sei gut, ehrlich und freundlich, aber auch „hart und kontrovers in der Sache" gewesen. Er habe mit Cavusoglu über alle zwischen Berlin und Ankara strittigen Themen gesprochen, also das türkische Verfassungsreferendum, den Fall des inhaftierten deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel und die Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Deutschland.

SPD-Fraktion fordert Freilassung von Denis Yücel

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die sofortige Freilassung von Deniz Yücel und ein faires rechtstaatliches Verfahren zur Aufklärung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen. Gleiches gilt für alle anderen zu Unrecht inhaftierten Journalisten in der Türkei. Presse- und Meinungsfreiheit sind in einer Demokratie nicht verhandelbar.

Zur Position der SPD-Bundestagsfraktion: In Deutschland leben mehr als drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln, davon hat etwa die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft. Wir haben eine lange gemeinsame Geschichte. Viele dieser Menschen nehmen weiterhin regen Anteil an den wirklich dramatischen politischen Entwicklungen in der Türkei. Das respektieren wir. Aber wir wollen auch nicht, dass die innenpolitischen Auseinandersetzungen aus der Türkei zu uns nach Deutschland getragen werden. Das vertreten wir auch gegenüber der Türkei.

Die hier lebenden Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit haben das Recht und die Möglichkeit, sich auch an dem anstehenden Verfassungsreferendum in der Türkei in diesem April zu beteiligten. Es ist für uns ein wichtiger Punkt, dass Türkinnen und Türken, die bei uns leben und unseren Rechtsstaat und die demokratischen Rechte ausführlich erleben, die Gelegenheit haben, auf diese Art und Weise ihre demokratischen Rechte gegenüber ihrem anderen Heimatland wahrzunehmen. Denn diese Veränderung der türkischen Verfassung ist eine historische Entscheidung.

Was die Wahlkampfauftritte betrifft: Für Versammlungen in Deutschland sind nach der Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes die Versammlungsbehörden der Bundesländer verantwortlich, für Ruhe, Ordnung und einen ordnungsgemäßen Ablauf einer solchen Versammlung zu sorgen und in diesem Rahmen darüber zu entscheiden, in welcher Weise auch Funktionsträger anderer Staaten daran teilnehmen können.

Bundestagsrede von Martin Dörmann zum Wettbewerbsrecht

Erleichterung von Pressekooperationen soll Medienvielfalt stärken

Am 9. März hat der Bundestag in abschließender Lesung das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) aktualisiert. Bestandteil der Novelle sind auch Regelungen für eine vereinfachte Zusammenarbeit von Presseverlagen unterhalb der redaktionellen Ebene. Damit sollen den Presseverlagen angesichts sinkender Umsätze und Werbeerlöse neue ökonomische Spielräume ermöglicht werden. Nachfolgend dokumentieren wir die Bundestagrede von Martin Dörmann, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:

Es ist schon angekündigt worden, dass ich einige Anmerkungen zu den medienrelevanten Bestimmungen dieser Novelle zum Wettbewerbsrecht machen möchte. Ich will noch einmal herausstellen: Für die SPD-Fraktion ist die Sicherung von Medienfreiheit und Medienvielfalt ein ganz zentrales gesellschaftspolitisches Anliegen.

Leider müssen wir uns in der heutigen Zeit mit Entwicklungen auseinandersetzen, die beides gefährden, nämlich mit Fake News, antidemokratischem Populismus, autoritären Regimen, die Regierungspropaganda verbreiten, und sogar mit der Verfolgung und Inhaftierung von Journalistinnen und Journalisten, etwa in der Türkei, aber auch in anderen Ländern dieser Welt. All diese Phänomene belegen eindrücklich, wie wichtig eine vielfältige Presselandschaft ist, wie wichtig gute Recherche und wie wichtig qualitativ hochwertiger Journalismus für unsere Freiheit und für unsere Demokratie sind. Deshalb müssen wir das alles stärken.

Gleichzeitig erleben wir eine tiefgreifende Veränderung der Medienlandschaft. Die fortschreitende Digitalisierung und das Internet haben gravierende ökonomische und strukturelle Folgen. Die Umsätze von Zeitungen und Zeitschriften gehen seit vielen Jahren deutlich zurück. Ich nenne einmal eine Zahl: Im Jahre 2000 erzielten Tageszeitungsverlage in Deutschland noch Gesamterlöse in Höhe von 10,8 Milliarden, 2015 waren es nur noch 7,6 Milliarden Euro, ein Rückgang von etwa einem Drittel. Die Gründe liegen auf der Hand: Viele Menschen nutzen verstärkt kostenlose Angebote im Netz, sodass es weniger Abonnenten gibt. Vor allem aber sind die Werbeeinnahmen von Printmedien eingebrochen, weil es eine sehr starke Verlagerung ins Internet gegeben hat. Deshalb sind die Einnahmen der Printverlage, was die Tageszeitungen angeht, in den letzten 15 Jahren um über 50 Prozent zurückgegangen. Man kann also konstatieren, dass hier ein gravierender Wandel stattfindet.

Jetzt sagen viele: Okay, die machen jetzt aber auch Angebote im Internet. - Ich will noch einmal herausstellen: Es gibt keinen einzigen Zeitungsverlag, der im Moment mit seinen zusätzlichen Angeboten im Internet schwarze Zahlen schreibt. Im Gegenteil: Zunächst muss ja investiert werden; die Einnahmen, die dort erzielt werden können, wachsen erst. Erst jetzt gibt es auch Bezahlangebote. Das wird sukzessive angenommen. Aber am Ende ist es immer noch so, dass bei den großen Zeitungsverlagen der Printbereich den Onlinebereich quersubventioniert. Deshalb ist der Kostendruck weiterhin groß. Wozu führt das? Möglicherweise gibt es weniger Recherche. Redaktionen werden zusammengelegt. Vielleicht verschwinden sogar einzelne Titel. - Das ist die Entwicklung, die wir stoppen müssen; denn das ist genau das Gegenteil dessen, was wir für eine vielfältige Medienlandschaft brauchen.

Die Koalition hat sich bereits im Koalitionsvertrag vorgenommen, eine bessere Zusammenarbeit der Presseverlage zu ermöglichen. Es geht ausdrücklich nicht um Fusionen; das sage ich an die Kollegen Lutze und Janecek gerichtet, die indirekt einen anderen Eindruck vermitteln wollten. Es geht vielmehr darum, die ökonomische Lage für die Presseverlage zu verbessern, und zwar indem Kosten gesenkt und mehr Erlöse erzielt werden. Die Kostensenkungen betreffen dabei gerade nicht die Redaktionen, weil wir nicht bei der redaktionellen Ebene ansetzen.

Worum geht es konkret? Es geht darum, dass wir eine Bereichsausnahme für Presseverlage machen, damit sie in zwei Bereichen zusammenarbeiten können: im Vertrieb, beispielsweise im Abo-Vertrieb, damit sie Portfolios entwickeln können, die besser angenommen werden, und in der Anzeigenvermarktung. Ich habe ja gerade dargestellt, wie drastisch die Einnahmen dort gesunken sind. Wir wollen es ermöglichen, dass sich Zeitungsverlage mit gemeinsamen Anzeigenangeboten gegenüber den übermächtigen Mediaagenturen profilieren können, die heute den Großteil der Umsätze großer Unternehmen im Bereich Werbung bündeln und sie auf die einzelnen Bereiche - Fernsehen, Internet, Zeitungen - verteilen. Es ist ja ganz klar, dass ein einzelner Zeitungstitel da keine Verhandlungsmacht hat. Deshalb müssen Verlage stärker kooperieren können, um gemeinsame Angebote durchzusetzen.

Ich appelliere an die Opposition, weil ich glaube, dass wir beim Thema Pressefreiheit eine große Einigkeit haben sollten: Helfen Sie mit, gemeinsam diese wichtige Reform auf den Weg zu bringen! Lassen Sie uns dafür sorgen, dass mehr Einnahmen für gute Recherche, für starke Redaktionen zur Verfügung stehen! Damit stärken wir die Presse und den unabhängigen Journalismus, und das ist genau das, was wir in der heutigen Zeit brauchen.

Steuerliche Absetzbarkeit von Manager-Boni begrenzen

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion soll für mehr Gerechtigkeit sorgen

Es ist noch gar nicht so lange her, da verdiente ein Vorstand eines Unternehmens im Schnitt zehnmal so viel wie ein Arbeitnehmer. Inzwischen gibt es Fälle, in denen der Vorstand das Hundertfache eines normalen Angestellten bekommt. Ist das noch nachvollziehbar? Ist das gerecht?

Maß und Mitte scheinen in manchen Vorstandsetagen verloren gegangen zu sein. Und da alle Appelle und Selbstverpflichtungen nichts an diesen exzessiven Entwicklungen geändert haben, hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt einen umfassenden Gesetzentwurf zur Begrenzung von Managergehältern und Boni beschlossen.

Darin schlägt die SPD-Fraktion unter anderem vor, die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsbezügen in Aktiengesellschaften auf 500.000 Euro pro Jahr zu begrenzen. Außerdem soll die Hauptversammlung ein Maximalverhältnis zwischen der Vorstandsvergütung und dem Durchschnittsgehalt im Unternehmen festlegen. Drittens soll der Aufsichtsrat bei schlechten Leistungen der Vorstände die Bezüge herabsetzen oder Ruhegehälter zurückfordern können.

SPD-Fraktionschef **Thomas Oppermann** stellt klar: „Wir wollen keine Neiddebatte gegen Manager schüren. Außergewöhnliche Leistung muss auch außergewöhnlich honoriert werden“. Aber dass Boni und auch höchste Altersbezüge auch dann noch gezahlt würden, wenn das Unternehmen aufgrund von Fehlentscheidungen in schlechter Verfassung ist, sei nicht nach vollziehbar. Manager hätten eine Vorbild- und Führungsfunktion.

Aktiengesellschaften, nicht Familienbetriebe

„Wir haben keinen Raubtierkapitalismus in Deutschland, sondern das Leitbild der sozialen Marktwirtschat“, sagt Oppermann und ergänzt, dass viele Menschen „ein Störgefühl“ hätten, wenn sie erlebten, dass Manager trotz schlechter Leistungen umfassend abgesichert seien, während normale Arbeitnehmer bei schon bei kleinsten Verfehlungen das Risiko eingingen, fristlos gekündigt zu werden.

Oppermann macht deutlich, dass es „eine durchsichtige Argumentation“ sei, wenn behauptet wird, der Markt verlange diese exorbitanten Vergütungen, weil die Dax-Manager sonst alle abwandern würden in die USA. „Diese Gefahr ist gering“, so der SPD-Fraktionschef.

Sein Stellvertreter Carsten Schneider, zuständig für die Bereiche Finanzen, Steuern und Haushalt, erklärt, es gehe in dem Gesetzentwurf nur um Aktiengesellschaften. Familienbetriebe etwa seien schon deshalb ausgenommen, weil Familienunternehmer mit vollem Risiko und mit ihrem Eigentum für diese Unternehmen geradestünden. Vorstände dagegen seien Angestellte und könnten sich sogar gegen grobe Fahrlässigkeit versichern.

Schneider legt auch dar, dass das Thema die SPD-Fraktion schon lange umtreibe: Bereits 2009 hatte sein Vorgänger Joachim Poß gefordert, die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern einzuschränken – die Union wollte das schon damals nicht.

Zum Gesetzentwurf:

Die Vorlage setzt sich aus einem Antrag der SPD-Fraktion von 2013 und dem Beschluss einer Klausurtagung vom Januar 2017 zusammen.

- Die Gesamtbezüge eines einzelnen Vorstandsmitglieds ohne Ruhebezüge sind nicht mehr steuerlich als Betriebsausgabe absetzbar, soweit sie in Summe den Betrag von 500.000 Euro übersteigen
- Die Ruhebezüge jedes ehemaligen Vorstandsmitglieds einer Aktiengesellschaft oder dessen Hinterbliebenen sind nicht mehr steuerlich als Betriebsausgabe absetzbar, soweit sie die Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung übersteigen.
- Die Kriterien, unter denen Vorstandsbezüge durch den Aufsichtsrat herabgesetzt oder zurückgefordert werden können, werden verbindlicher ausgestaltet („muss“ statt „soll“).
- Im Falle einer Schlechtleistung oder regelwidrigen Verhaltens eines Vorstandsmitglieds wird ein gesetzlicher Anspruch auf Herabsetzung der Vergütung und/oder der Ruhebezüge für den Aufsichtsrat eingeführt.
- Die Rechte der Hauptversammlung werden erweitert. Künftig hat sie über den Vorschlag des Aufsichtsrates über die Festsetzung des Verhältnisses zwischen der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder und dem durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen des jeweiligen Unternehmens zu entscheiden sowie außerdem über den Vorschlag des Aufsichtsrates über die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder.

Der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion wird nun mit dem Koalitionspartner debattiert. Da die CDU sich zuletzt aufgeschlossen für gesetzliche Maßnahmen bei Vorstandsbezügen zeigte, sind die Sozialdemokraten überzeugt, dass die Union sich mehr Gerechtigkeit nicht verweigert.

Thomas Oppermann bringt es auf den Punkt: „Eine Gesellschaft, in der die Mehrheit der Menschen das Gefühl hat, es geht gerecht zu, ist produktiver als eine Gesellschaft, die die Mehrheit als ungerecht empfindet.“

Gegen Fake-News und Hetze in sozialen Netzwerken

Justizminister Heiko Maas will Rechtsdurchsetzung verbessern

Gezielte Falschmeldungen („Fake News“) und Hassrede im Internet sind ein aktuelles Problem. Verleumdungen, Irreführungen und Hetze können jeden treffen: Geflüchtete, Ehrenamtliche, PolitikerInnen, Personen des öffentlichen Lebens. In den USA könnten bewusst irreführende Meldungen sogar wahlausgangsentscheidend gewesen sein.

Bundesjustizminister **Heiko Maas** will die Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken verbessern und hat hierzu in seinem Ministerium einen Referentenentwurf für eine schärfere gesetzliche Regelung erarbeiten lassen. Dieser zielt darauf, Hasskriminalität und strafbare Falschnachrichten auf den Plattformen sozialer Netzwerke wirksamer zu bekämpfen. Dazu zählen beispielsweise Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, öffentliche Aufforderung zu Straftaten, Volksverhetzung und Bedrohung.

Damit einhergehend sollen auch das Beschwerdemanagement klarer definiert und eine Berichtspflicht für den Umgang mit beanstandeten rechtswidrigen Inhalten eingeführt werden. So sollen die Betreiber sozialer Netzwerke verpflichtet werden, offensichtlich strafbare Inhalte spätestens 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde zu löschen oder zu sperren, in komplizierten Fällen soll spätestens binnen sieben Tagen entschieden werden. Das konkretisiert das bereits praktizierte „Notice-and-Takedown“-Verfahren.

Zum Umgang mit Beschwerden über strafbare Inhalte auf ihren Plattformen müssen soziale Netzwerke künftig öffentlich Bericht erstatten. Zuwiderhandlungen gegen diese und andere Verpflichtungen sollen mit empfindlichen Bußgeldern im hohen Millionenbereich geahndet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßte den Regelungsvorschlag, hatte sie doch zuvor ein Positionspapier mit ähnlicher Stoßrichtung vorgelegt (vgl. Link). Der Referentenentwurf des Justizministers greift nun zentrale Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion auf und ist eine sehr gute Diskussionsgrundlage. So kann sehr schnell ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht werden.

Klar ist aber auch: Es geht aktuell nicht um die Schaffung neuer Straftatbestände und schon gar nicht um eine Einschränkung der Meinungsfreiheit, sondern um die Durchsetzung geltenden Rechts in den sozialen Medien. Dafür braucht es einen erweiterten und präzisierenden Regulierungsrahmen für soziale Netzwerke. Das nötig, denn letztlich geht es um nicht weniger als die freie, offene und demokratische Gesellschaft zu schützen.

Jenseits aller gesetzlichen Regelungen sind aber darüber hinaus ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement und die Förderung von Medienkompetenz wichtig. Denn nur wenn alle NutzerInnen aktiv und mit wachsamem Auge im Netz unterwegs sind, können Betreiber auf entsprechende Inhalte hingewiesen und Rechtsverletzungen angezeigt werden.

Informationen zum Referentenentwurf gibt es hier:

www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2017/03142017_GE_Rechtsdurchsetzung_Soziale_Netzwerke.html

Respekt statt Rassismus

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren! Daran erinnerte **Martin Dörmann** am Internationalen Tag gegen Rassismus Mitte März zusammen mit seinem Fraktionskollegen **Karamba Diaby**. Sie setzen sich für ein für Zusammenhalt statt Ausgrenzungund, gegen Rassismus, Rechtspopulismus und jegliche Form der Intoleranz. Für ein respektvolles Miteinander in einer offenen, toleranten Gesellschaft.

Mutiger Einsatz für Demokratie

Die wohl mutigste Rede, die je gehalten wurde: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“ Das sagte der SPD-Vorsitzende **Otto Wels**, als er vor 84 Jahren begründete, warum die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmten, mit dem damals die Demokratie abgeschafft wurde. Im Bundestag wird nun eines der Bürogebäude nach ihm benannt. Eine Entscheidung zur Ehre!

PKW-Maut beschlossen

Bedingungen aus dem Koalitionsvertrag erfüllt

Am 24. März hat der Bundestag in namentlicher Abstimmung ein Gesetz zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes (Pkw-Maut) beschlossen. Die Änderungen waren nötig geworden, weil die EU-Kommission gegen das bestehende Maut-Gesetz vorm Europäischen Gerichtshof geklagt hatte.

Um es ganz klar zu sagen: Die Pkw-Maut ist nicht nur kein Herzensanliegen der SPD-Fraktion – sie ist überhaupt kein Anliegen der Sozialdemokraten. Die Maut ist das einzige Wunschprojekt der CSU in dieser Legislaturperiode.

Die SPD-Fraktion hat Vorbehalte und Bedenken gegenüber dieser Infrastrukturabgabe. Dennoch hat sie dem entsprechenden Gesetzentwurf am Freitag zugestimmt. Warum?

Zum einen hat die SPD-Fraktion im Zuge der ausführlichen parlamentarischen Beratungen seit 2015 klare Verbesserungen durchgesetzt. Denn der Bundestag hatte die Pkw-Maut schon beschlossen, doch dagegen klagte die EU-Kommission. Nun geht es um Änderungen am Gesetz, die die Kritikpunkte der Kommission ausräumen (**Drs. 18/11237, 18/11646**).

Außerdem steht die Pkw-Maut im Koalitionsvertrag, an den sich die SPD-Fraktion hält. Er wird Wort für Wort umgesetzt. Dieser Vertrag wurde in einer SPD-Mitgliederbefragung im Dezember 2013 mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Für die Zustimmung zur Maut hat die SPD-Fraktion ihre wichtigsten Vorhaben durchsetzen können: vom Mindestlohn über die Frauenquote, die Mietpreisbremse bis zum Lohngerechtigkeitsgesetz. Das ist es wert.

Drei Punkte als Bedingung

Davon abgesehen galten für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aber drei Bedingungen, die sie im Koalitionsvertrag durchgesetzt hatten und die für eine Zustimmung zum Gesetz erfüllt sein müssen:

- Die Maut muss europarechtskonform sein.
- Die Maut darf zu keinerlei zusätzlicher Belastung deutscher Autofahrer führen.
- Die Maut muss nennenswerte Einnahmen bringen.

Diese drei Bedingungen sind erfüllt. Bundesfinanzminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) und Bundesverkehrsminister **Alexander Dobrindt** (CSU) haben versichert, dass die drei Bedingungen eingehalten werden. Damit liegt die politische Verantwortung bei Wolfgang Schäuble und der Union.

Die im September 2015 eröffnete Klage gegen Deutschland wird die EU-Kommission voraussichtlich aufgeben. Zudem bleiben die Bundesstraßen ausgenommen, ihre Benutzung ist für ausländische Pkw frei, um die Auswirkungen für die Grenzregionen zu reduzieren. Diese Verbesserung haben die Sozialdemokraten in den ursprünglichen Gesetzentwurf des Bundesverkehrsministeriums bereits 2015 hineinverhandelt.

Entlastung über die Kfz-Steuer

Und was die Forderung des Koalitionsvertrages angeht, keine deutschen Pkw-Halter einer zusätzlichen finanziellen Belastung auszusetzen, so soll im ebenfalls beschlossenen Verkehrssteueränderungsgesetz die Entlastung über die Kfz-Steuer im Vergleich zum Entwurf vor zwei Jahren sogar noch einmal steigen.

Der Bundesverkehrsminister hat versichert, dass er keine Veranlassung sieht, die prognostizierten Einnahmen in Höhe von mindestens 520 Millionen Euro – vielleicht sogar 600 Millionen – zu bezweifeln. Der Bundesfinanzminister Schäuble hat der SPD-Fraktion schriftlich bestätigt, dass er keine Zweifel an den Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums hat und die Pkw-Maut dem Bund tatsächlich substanzielle Mehreinnahmen bringt.

Sollten sich die Minister irren und im Rahmen der von der SPD-Fraktion durchgesetzten Evaluierung der Auswirkungen des Gesetzes festgestellt werden, dass sich die Erhebung der Infrastrukturabgabe nachteilig auf Grenzregionen auswirkt, so wird die nächste Legislaturperiode Gelegenheit geben, ihre Fehler zu korrigieren.

Die CSU will eine Maut für Pkw auf den Autobahnen in Deutschland einführen. Diejenigen, die die Autobahnen nutzen wollen, müssen künftig eine Jahresvignette, eine Zwei-Monatsvignette oder eine Zehn-Tagesvignette erwerben. Es soll sechs Preisgruppen für die Vignetten geben, die abhängig vom Schadstoffausstoß sind. Die preisgünstigste Vignette soll 2,50 Euro kosten. Deutsche Autofahrer zahlen nach Einführung der Maut weniger KfZ-Steuer, damit es für sie durch die Maut nicht teurer wird als bisher.

Wer ein Auto fährt, das weniger klimaschädliche Abgase ausstößt (Euro-6-Norm), wird steuerlich stärker entlastet. Aus den Einnahmen soll die Sanierung der Infrastruktur in Deutschland finanziert werden. Starten soll die Maut voraussichtlich im Jahr 2019. Mehrere Bundesländer haben inzwischen angedeutet, den Vermittlungsausschuss anrufen zu wollen.

Gemeinsamer Einsatz für Medienfreiheit und kulturelle Vielfalt

Am 20. Februar trafen sich in München die zuständigen SPD-Fraktionssprecher im Bundestag und in den Landesparlamenten zu einer zweitätigen Konferenz für Kultur-, Medien- und Netzpolitik. Für die SPD-Bundestagsfraktion nahmen **Martin Dörmann** als kultur- und medienpolitischer sowie **Lars Klingbeil** als netzpolitischer Sprecher teil, zudem **Hiltrud Lotze** und **Saskia Esken**. Geleitet wurde die Konferenz von der gastgebenden Sprecherin für Kulturpolitik im Landtag Bayern, **Isabell Zacharias**. Beraten wurden aktuelle Themen, etwa die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der Breitbandausbau oder das Umgehen mit „Fake-News".

Für alle bleiben Vielfalt und Teilhabe die Leitmotive für eine erfolgreiche Kulturpolitik. Die SprecherInnen bekräftigen, dass die SPD an der Seite der Künstlerinnen und Künstler steht, die eine rechtliche Stärkung und verbesserte soziale Absicherung brauchen. Kreative sollen von ihrer Arbeit leben können. Die SPD steht zu ihrem Anspruch „Kultur für alle": Teilhabe muss unabhängig vom Einkommen, Bildungsabschluss, Alter, Geschlecht oder der Herkunft ermöglicht werden. Kultur soll auch weiterhin „von allen" getragen werden – hier hat die öffentliche Hand den Auftrag, verpflichtend eine Grundversorgung sicherzustellen. Daneben sind Bürgerschaft und Kulturwirtschaft wesentliche Akteure, die unsere Wertschätzung verdienen. Kultur soll als inklusiv verstanden werden. Gerade der Austausch über Kultur bietet die Möglichkeit der Verständigung.

Weitere Schwerpunkte der Tagung waren die freie und unabhängige Medienlandschaft und die zukunftsfeste Weiterentwicklung des Funktionsauftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hier gilt es, die bestehenden Effizienzspielräume in der Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu nutzen. Die SrecherInnen setzen sich zudem für eine moderne und zeitgemäße Weiterentwicklung des Funktionsauftrages im Online-Bereich und für die Aufhebung der 7-Tage-Regelung ein.

Unter den Stichworten „Fake News" und „Hassrede" ging es schließlich darum, wie rechtswidrige Inhalte in den sozialen Netzwerken schneller und wirksamer bekämpft werden können, ohne die Meinungsfreiheit zu beschränken. Es werden gegenwärtig massive Rechtsverletzungen wie Volksverhetzung, Beleidigung oder Verunglimpfung im öffentlichen Diskurs registriert. Leider ist ebenso festzustellen, dass das Beschwerdemanagement der sozialen Netzwerke oftmals nicht oder nur unzureichend funktioniert und dass rechtsverletzende Inhalte nicht innerhalb angemessener Fristen entfernt werden. Hier sprechen sich die Kultur-, Medien- und Netzpolitiker und -Politikerinnen für einen rechtlichen Rahmen für soziale Netzwerke aus, der es erlaubt, rechtswidrige Inhalte zeitnah zu entfernen und zugleich das hohe Gut der Meinungsfreiheit sicherzustellen.

Freiheits- und Einheitsdenkmal kommt

Die Fraktionsvorsitzenden von Union und SPD haben sich darauf verständigt, den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals am bislang vorgesehenen Standort vor dem Berliner Stadtschloss umzusetzen. Nach einem Haushaltsbeschluss 2016 gab es hieran Zweifel. **Martin Dörmann**, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, begrüßt diese Entscheidung: „Das Freiheits- und Einheitsdenkmal soll an die Leistung der Ostdeutschen erinnern, die mit ihrem außerordentlichen Mut und Einsatz die Deutsche Einheit ermöglicht haben. Diesen Mut und dieses einzigartige Ereignis in der deutschen Geschichte gilt es zu würdigen."

Deutsche Welle stellt im Bundestag neuen TV-Kulturkanal vor

SPD-Fraktion will unseren Auslandssender weiter stärken

Am 8. März stellte die Deutsche Welle im Bundestag den Abgeordneten des Ausschusses für Kultur und Medien sowie Gästen aus Politik und Gesellschaft ihr verändertes deutsches TV-Angebot vor.

Es wird stärker als bisher auf ein Kulturprofil ausgerichtet. Themen aus Kultur, Politik und Gesellschaft stehen im Mittelpunkt. Neben Eigenproduktionen der DW werden auch Programme von ARD und ZDF übernommen. Das linear verbreitete Fernsehangebot kann derzeit vor allem in Asien, Australien sowie Teilen Europas empfangen werden. In deutschland können die Sendungen online unter www.dw.com/de/media-center/live-tv/s-100817. Abrufen werden. DW-Moderatorin **Tina Gerhäusser** stellte den Gästen das Nachrichtenmagazin „Der Tag“ mit Geschichten aus Deutschland, Europa und der Welt vor.

Neben dem deutschen Kanal sendet die DW TV-Angebote in Englisch, Arabisch und Spanisch. Zudem ist sie weltweit online und per Radio präsent. Insgesamt erreicht die Deutsche Welle damit 135 Millionen Menschen jede Woche in 30 Sprachen. Intendant **Peter Limbourg** bedankte sich bei den Abgeordneten, dass die Angebote der DW in den letzten Jahren durch die Haushaltsentscheidungen des Bundestages gestärkt werden konnten.

In dem anschließenden Talk mit den Berichterstattern der Bundestagsfraktionen, **Martin Dörmann** (SPD) und **Marco Wanderwitz** (CDU), Intendant Peter Limbourg, Programmdirektorin **Gerda Meuer** und Moderatorin Tina Gerhäusser ging es neben der aktuellen Programmgestaltung um die Aufgaben und wachsende Herausforderungen für die Deutsche Welle im globalen Umfeld.

Martin Dörmann, begrüßte als kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Welle das verbesserte Angebot. „Die Welt ist aus den Fugen geraten, daher muss heute mehr denn je gegen Ideologien gearbeitet werden. Die Deutsche Welle ist als Botschafterin für Deutschland ein wichtiges Aushängeschild für Demokratie und Freiheit“, betonte er, deshalb werde er sich weiterhin für eine Stärkung der Deutschen Welle einsetzen. Der Deutsche Bundestag hat der Deutschen Welle 2017 über 325 Millionen Euro über den Etat des Staatsministeriums für Kultur und Medien zur Verfügung gestellt, ein Plus von über 20 Millionen Euro.

„Diese Aufstockung ist auch ein wichtiges Signal für die Beschäftigten der Deutschen Welle, denn nur durch gute Qualität und faire Arbeitsbedingungen können das hohe Niveau und die Vielfalt in der Berichterstattung erhalten bleiben“ ergänzte Martin Dörmann.

Wegen der krisenhaften Entwicklungen und der Bedrohung von Pressefreiheit in vielen Ländern der Welt ist die Bedeutung des Auslandssenders weiter gestiegen. Deshalb macht sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine weitere deutliche Anhebung des Etats im nächsten Haushalt stark. Das sollte ein unabhängiger Journalismus wert sein, betonte Martin Dörmann zum Abschluss.

Red Hand Day

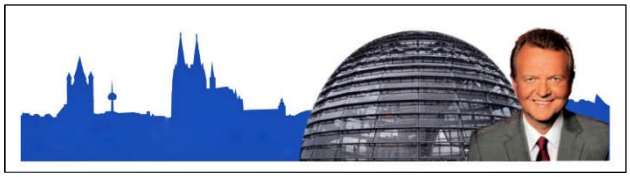
Super Aktion der Kinderkommission im Bundestag im Rahmen des Red Hand Days. Das Symbol der roten Hand steht für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Martin Dörmann schrieb auf sein Blatt: „Lasst die Kinder in Frieden leben!“

ZDF-Empfang zur Berlinale

Mit dem Zweiten sieht man besser! Beim Berlinale-Empfang des ZDF traf Martin Dörmann neben vielen anderen Medienschaffenden auch auf die Moderatoren seiner Lieblingssendung, des „heute journals“, **Klaus Kleber** und **Marietta Slomka**.

Zeit für mehr Gerechtigkeit. Zeit für Martin Schulz. Zeit für eine SPD-Mitgliedschaft! In den letzten Wochen sind besonders viele engagierte Menschen in die SPD eingetreten. Sie wollen mit Martin Schulz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt kämpfen und helfen, unsere Demokratie gegen Rechtspopulisten zu verteidigen. Jetzt Mitglied werden unter:

www.mitgliedwerden.spd.de/eintritt



Wahlkampf-Spendenkonto

Am 24. September findet die Bundestagswahl statt. Für diejenigen, die für den SPD-Wahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die Kontoverbindung:

SPD Köln, IBAN: DE53 3705 0198 1930 2065 35, BIC: COLSDE33XXX, Sparkasse KölnBonn.

Bitte als Zweck eintragen:
Spende Bundestagswahlkampf WK 93 Dörmann

Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa siebenmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage** www.martin-doermann.de eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke,
Manuela Seifert
Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 18:30 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Dietz, Anton Gerber,
Thomas Schwanstecher (Webmaster)
Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter
Frank Heinz
Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter
Benedikt Dettling
Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2017

Sitzungswochen im 1. Halbjahr 2017 sind die 3., 4., 7., 10., 12., 13., 17., 20., 22., 25.und 26. KW. Die Übersicht für ist abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenarge-schehen/sitzungskalender/index.html

Die Bundestagswahl findet am 24. September 2017 statt.

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER
Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION
Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Dietz, Stefan Stader, Manuela Seifert

BILDNACHWEIS
Deutscher Bundestag: S. 2, S. 21;
Dietmar Wadewitz: S. 3 o.;
MBWSV/Raph Sondermann:
S. 3 m.; Heyne Verlag: S. 4 o.r.;
Bundespresseamt: S. 6 m.;
NRW SPD/Susie Knoll: S. 9 m. und u.; NRW SPD: S. 10 l.o., r.o.;
Andreas Amann: S. 19;
Flickr/Dirk Vorderstraße: S. 24;
Milla&Partner: S. 25;
Deutsche Welle: S. 26 o.l.;
SPD: 27 m.l.;
Sonstige: Büro M. Dörmann
Text S. 19: www.bundestag.de

ERSCHEINUNGSWEISE
Die Berlin Depesche erscheint siebenmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER
Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de

FRÜHERE AUSGABEN
Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK
www.facebook.com/martin.doermann

HOMEPAGE
www.martin-doermann.de